

Sperrfrist: Redebeginn
Es gilt das gesprochene Wort

Tischrede

der Präsidentin des Deutschen Bundestages,

Prof. Dr. Rita Süßmuth,

beim Abendessen für die Delegation des

Deutschen Bundestages

auf Einladung der Knesset

Montag, 4. Februar 1991, 19.30 Uhr

Jerusalem, King David Hotel

Herr Präsident,

Herr Botschafter,

liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Knesset und

dem Deutschen Bundestag,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

für Ihre persönlichen Worte zu unserer Begrüßung

danke ich Ihnen, lieber Dan Tichon, von ganzem

Herzen.

Unser Besuch fällt in eine Zeit äußerster Bedrohung

und Gefährdung Israels. Mit den Mitgliedern unserer

Delegation, der Vizepräsidentin und Abgeordneten

des Deutschen Bundestages, möchten wir Ihnen, dem

Präsidium und den Abgeordneten der Knesset,

danken, daß Sie so spontan und uneingeschränkt für

unsere parlamentarische Begegnung votiert haben.

Wir wissen um die schwere Belastung unserer Beziehungen durch deutsche Firmen und ihre kriminellen Waffengeschäfte mit dem Irak. Diese haben vieles zunichte gemacht, was in schwierigen Jahrzehnten nach 1945, nach den Schrecken des Holocaust, an Vertrauen zwischen Israelis und Deutschen von den Älteren und Jüngeren wieder aufgebaut wurde.

Hier hilft auch der Hinweis auf die Tatsache nicht, daß wir eines der strengsten Außenwirtschaftsgesetze haben. Denn was helfen die gesetzlichen Vorschriften, wenn sie umgangen oder nicht eingehalten werden. Was in der Vergangenheit geschehen ist, kann nicht rückgängig gemacht werden. Scham, Entsetzen und Empörung innerhalb und außerhalb des Bundestages

verbinden sich mit der Forderung nach lückenloser Aufklärung, staatsanwaltlicher Ermittlung und umfassender Berichterstattung vor dem Deutschen Bundestag. Täglich werden neue und weitergehende Vorschläge eingebracht, um die Ausfuhrverbotsliste zu erweitern, nationale und europäische Kontrollen zu koordinieren und Strafen zu verschärfen. Was jetzt geschieht, kommt zu spät zur Abwendung der Gefahr, denn chemische Waffen, Giftgas und sowjetische Scud-Raketen sind als existenzgefährdende Waffen in den Händen des Diktators Saddam Hussein. Und es entlastet uns auch nicht, daß nach den neuesten Erkenntnissen bisher keine Anzeichen für eine Beteiligung deutscher Technik an der Herstellung und Verbesserung dieser Raketen sprechen.

An der Aufrüstung des Irak im Kampf gegen Chomeini waren viele Staaten beteiligt. Israels Warnungen vor Saddam Hussein und vor seiner Androhung, Israel vernichten zu wollen, wurden nicht ernst genug genommen.

Wie bedrückend und belastend die gegen uns erhobenen Vorwürfe sind, brauche ich vor Ihnen nicht zu betonen. Gleichzeitig möchte ich aber auch mit allem Nachdruck sagen: Es sind nicht die Deutschen oder die deutsche Wirtschaft pauschal, die nicht um ihre besondere Verantwortung und Verbundenheit mit Israel wissen. Die Vorwürfe wegen krimineller Waffenexporte und Verstöße gegen das Waffenembargo nach dem 4. August 1990 sind Hauptthema der deutschen Innenpolitik.

Irritationen haben zum anderen die Friedensdemonstrationen in Deutschland ausgelöst. Aber ich erinnere auch an die im Jahre der Vereinigung Deutschlands immer wieder gestellte Frage, welche Rolle Deutschland zukünftig in Europa und in der Weltpolitik einnehmen werde. Es wurde besorgt angefragt, wie es um Demokratiefestigkeit und Friedfertigkeit der Deutschen stehe, ob Deutschland durch seine Wirtschaftskraft stärker seine Macht ausbaue oder seiner Verantwortung im Rahmen der Völkergemeinschaft wie der Europäischen Gemeinschaft künftig in noch höherem Maße gerecht werde.

Was kann ich Ihnen von uns Deutschen sagen?

Erstens: Die ganz große Mehrheit der Deutschen steht fest an der Seite Israels, tritt ein für Verteidigung und Schutz Ihres Landes, für das Lebensrecht Israels in gesicherten Grenzen und verurteilt die Angriffe des Irak auf Israel auf das schärfste. Die Erklärungen im Deutschen Bundestag und die EntschlieÙung vom 1. Februar zur uneingeschränkten Beistandschaft zu Israel, gerade auch zur Verteidigung Israels, belegen das. Die Entscheidung zur Belieferung Israels mit deutschen Waffen bleibt eine Ausnahme. Wir werden auch in Zukunft keine Waffenexporte in Krisen- und Spannungsgebiete vornehmen.

Zweitens: Wir Deutsche haben gerade aufgrund unserer Vergangenheit, der Erfahrungen in Jahrzehnten der Teilung, des Kalten Krieges zwischen West- und Osteuropa und aufgrund der wechselnden

Gefahren eines Krieges mit all den Massenvernichtungswaffen, die in Europa gelagert waren, eine neue Hoffnung auf Entspannung, Frieden und eine dauerhafte Friedensordnung in Europa aufgebaut. Wir Deutschen wissen, was wir der westlichen Wertegemeinschaft und der Verteidigung der Freiheit und des Friedens durch unsere Verbündeten verdanken.

Wir wollen Frieden und dem Frieden dienen - gerade diese Botschaft geht auch unüberhörbar von den Friedensdemonstrationen bei uns aus. Der Krieg soll so schnell wie möglich beendet werden. Voraussetzung ist der Rückzug Iraks aus Kuwait. Aber ebenso unbestritten ist und muß sein, daß wir im Golfkonflikt ein verlässlicher Partner in der Völkergemeinschaft sind und uns für die

Wiederherstellung des Völkerrechts einsetzen. Deutschland will weder Neutralität noch Sonderweg oder gar Isolation. Wir wissen um unsere erhöhte Verantwortung mit unserer wiedergewonnenen Souveränität innerhalb der Völkergemeinschaft; wir wollen und werden sie wahrnehmen.

Es gibt auch Andersdenkende in Deutschland. Es gibt die Auseinandersetzung mit der Frage, ob der Krieg zu diesem Zeitpunkt oder überhaupt vermeidbar gewesen wäre. Unterschiedliche Positionen und politische Argumentationen gehören zu den unverzichtbaren Essentials der Demokratie. Sie werden in der politischen Debatte, in Demonstrationen Pro und Contra ausgetragen. Nur eines ist unverzichtbar: Klarheit in der Unterscheidung von Recht und Unrecht, Stellungnahme gegen die

Verletzung von Völkerrecht und Menschenrechten und Eindeutigkeit in der Bewertung. Die Verteidigung dieser unveräußerlichen Rechte erfordert den politisch-moralischen, den materiellen und personellen Einsatz der Mitglieder der Völkergemeinschaft, somit auch den unsrigen. Wir wollen nicht abseits stehen, sondern leisten bereits jetzt unseren Beitrag.

Aber wir sind als Deutsche und Teil der Europäischen Gemeinschaft auch dringlicher denn je herausgefordert und verpflichtet, zusammen mit allen Beteiligten am dauerhaften Frieden in der Golfregion nach Beendigung dieses Krieges mitzuwirken. Denn dieser Krieg führt uns allen vor Augen, daß durch die verfügbaren Massenvernichtungsmittel Menschen und Natur ausgelöscht werden können.

Die Angriffe des Irak auf Israel haben Tote und viele Verletzte unter der Zivilbevölkerung gefordert. Der Irak will neben der Vorherrschaft am Golf die Vernichtung des jüdischen Volkes. In dieser äußerst schwierigen Lage danken wir Israel für die verantwortungsvolle und besonnene Haltung, die es in diesen Tagen einnimmt.

Wir stehen in einer zutiefst bedrückenden Situation. Wir wollen von uns aus in dieser Situation alles tun, was die Verteidigung und den Schutz Israels erhöht.